

FG BAU

KONKRET

ZEITSCHRIFT DER FACHGEMEINSCHAFT BAU BERLIN UND BRANDENBURG e.V.

Landtagswahl in Brandenburg



Landtagswahl Brandenburg –

Geht es uns an?

Am 14. September 2014 ist Landtagswahl in Brandenburg. Viele sagen: „Es ist uns egal, es ändert sich soundso nichts.“



Ist dies wirklich so? Auch wenn die letzten Jahre für unsere Baufirmen in Brandenburg sicher nicht die schlechtesten waren – rosig sind die Zeiten nicht. Politik stellt Weichen. Manchmal dauert es etwas länger, aber Auswirkungen hat eine solche Weichenstellung fast immer.

Zur Erinnerung - auch bei uns gab und gibt es die Diskussion: Bildung und Wissenschaft muss Vorrang haben. Da stimmt man selbst schnell zu, aber dabei ging die einseitige Priorisierung der Landespolitik in Brandenburg stark zu Lasten anderer wichtiger Aufgaben. Hierzu gehört insbesondere der inzwischen unübersehbare Werteverzehr an Straßen, Radwegen und anderer öffentlicher Infrastruktur. Dabei ist der Landeshaushalt in den letzten Jahren mitnichten kleiner geworden. Er lag in den vergangenen Jahren immer bei circa zehn Mrd. Euro.

Nur wo kam das Geld für diese Schwerpunktsetzungen her? Unter anderem aus erheblichen Kürzungen im Bereich der Landesstraßen. Lag der Anteil des Landesbetriebes Straßenwesen im Jahr 2009 noch bei 1,17%, sind dies in diesem Jahr nur noch 0,4%, d.h. nur noch 34% des ursprünglichen Wertes!

Die Arbeit der Fachgemeinschaft Bau und anderer Partner hat nun zumindest dazu geführt, dass immerhin CDU und SPD zukünftig wieder deutlich mehr Geld in den Infrastrukturerhalt stecken wollen. Viele Veranstaltungen, Gespräche und Initiativen, auch der FG Bau, führten dazu, dass das Thema Werteverzehr inzwischen in weiten Bevölkerungskreisen und vor allem in den Medien angekommen ist. Spannend wird da natürlich die Frage: Wer koaliert mit wem und was steht in der neuen Koalitionsvereinbarung?!

Ich glaube, es ist wichtig zur Wahl zu gehen und sein Kreuz an einer Stelle zu machen von der man ausgeht, dass diese Stimme der Baubranche in Brandenburg in den nächsten Jahren hilft.

Die FG Bau hat gemeinsam mit dem Bauindustrieverband unsere Forderungen an die neue Koalition in Brandenburg formuliert. Hieran wollen und werden wir die neue Landesregierung im Herbst messen.

Ihr

Karsten Schuster

Wahlprüfsteine

Was kann die Bauwirtschaft Brandenburgs in der nächsten Legislaturperiode von der Politik erwarten? Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen hat die Fachgemeinschaft Bau bei den Parteien nachgefragt und in einem Parlamentarierbrief Forderungen an die neue Landesregierung formuliert. Mehr dazu lesen Sie ab Seite 4.

Marienfelder Baufete

Brasilien bestimmte als Gastgeberland der Fußball-WM in diesem Jahr das Rahmenprogramm der Marienfelder Baufete. Doch Gastgeber und Gäste kickten auch selbst für einen guten Zweck. Die Details und Bildimpression dazu finden Sie auf den Seiten 14 – 15.

Brandenburgisches Vergabegesetz auf dem Prüfstand

Im Fall des Brandenburgischen Vergabegesetzes sollten nicht nur die Wirksamkeit der vorgegenommenen Regelungen, sondern auch der Kostenausgleich für die Umsetzung des Gesetzes in den Kommunen überprüft werden. Inzwischen liegen der Evaluationsbericht sowie die Stellungnahme der Landesregierung vor – die Zusammenfassung gibt es ab Seite 18.



Im Fokus

Landtagswahl in Brandenburg

- 4 Wahlprüfsteine der Fachgemeinschaft Bau
- 7 Parlamentarierbrief
- 7 Ein gutes Signal an Bauwirtschaft und Handwerk
- 9 Brandenburger Städte – entscheidend für die Zukunft des Landes
- 10 Große Aufgaben der Bauwirtschaft im ländlichen Raum
- 10 Investitionen des Bundes in die Wasserstraßen der Region Berlin-Brandenburg
- 11 Wasserstraßen nicht das Wasser abgraben
- 12 Tradition und Moderne: Das BARNIM PANORAMA Wandlitz
- 13 „Alles aus einer (Frauen-) Hand“ - TERPE Bau GmbH



Aktuelles

- 14 Viva Brasil bei der Marienfelder Baufete
- 16 FG Bau unterstützt Rudolf-Hildebrand-Grundschule
- 16 Pilotprojekt „Verbundausbildung zum Betoninstandsetzer“
- 17 Bündnis zum Wohnungsneubau unterzeichnet



Aus dem Verband

- 18 Gerrit Witschaß neue Leiterin des Lehrbauhofs
- 18 **Recht am Bau** Brandenburgisches Vergabegesetz auf dem Prüfstand
- 20 **Buchbesprechung** Ingenieurmethoden im Baulichen Brandschutz
- 20 Impressum
- 21 Geburtstage & Firmenjubiläen
- 21 Kleine Belohnungen und große Geschenke
- 22 Weiterbildungskurse

Zu guter Letzt

- 23 1. Berliner Bau-Cup erfolgreich gestartet – Modell mit Zukunft
- 24 Bauwirtschaftliche Eckdaten

Wahlprüfsteine der Fachgemeinschaft Bau

Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen am 14. September 2014 haben wir fünf Parteien um Antworten auf fünf für die Bauwirtschaft relevante Fragen zur zukünftigen brandenburgischen Wirtschafts-, Mittelstands- und Infrastrukturpolitik gebeten.



DIE LINKE.
BRANDENBURG

CDU



2013 erreichte Brandenburg die höchste Wirtschaftswachstumsrate unter den neuen Ländern und lag sogar über dem Bundesdurchschnitt. Ebenso hat das Land für Touristen an Attraktivität gewonnen. Die Region liegt im Schnittbereich wichtiger europäischer Verkehrskorridore, die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung aufgrund ihrer Standortbedingungen sichern. Dennoch werden die Mittel für Ausbau und Erhalt der Infrastruktur seit Jahren zurückgefahren und reichen nicht einmal zur Zustandssicherung des Status Quo aus.

Frage 1: Für welche Infrastrukturpolitik in Brandenburg steht Ihre Partei? Wo wird Ihre Partei (neue) Schwerpunkte setzen?

SPD: In den vergangenen Jahren haben wir großen Wert auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gelegt. Aus diesem Grund wurde verstärkt in Bildung, Wirtschaft und neue Technologien investiert. Um dies zu ermöglichen, mussten in anderen Bereichen Abstriche gemacht werden, darunter auch im Straßenbau. In der kommenden Legislaturperiode werden wir neue Prioritäten bei der Infrastruktur setzen und unter anderem ein Investitionsprogramm an Landesstraßen im Volumen von 100 Mio. Euro auflegen. Der Erhalt und die Modernisierung von Straßen, Schienen, Fahrrad- und Wasserwegen wird insgesamt Vorrang haben vor Neubauprojekten.

DIE LINKE: DIE LINKE in Brandenburg will in der kommenden Legislaturperiode die Investitionskraft der Kommunen deutlich stärken. Wir streben für die Jahre 2015-2019 ein kommunales Investitionsprogramm mit einem Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr an. Das soll als Konjunkturprogramm wirken und die regionale Wirtschaft beleben. Die Investitionen sollen in den Unterhalt von Kommunalstraßen, kommunalen Brücken und anderer Verkehrsinfrastruktur, in die energetische Gebäudesanierung, in die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude, in die Vorbereitung von Schulen für Inklusion sowie in den Erhalt von Sportstätten fließen.

CDU: Die CDU Brandenburg steht für eine leistungsfähige Infrastruktur als Grundlage unseres Wohlstands. Brandenburg ist ein Flächen- und Pendlerland und braucht gut ausgebaute Straßen, Schienen, Wasserwege und einen endlich funktionsfähigen Flughafen BER. Wir werden jährlich mindestens 50 Mio. Euro mehr

als heute für Straßen- und Radwege bereitstellen und setzen uns zum Ziel, dass Berlin aus allen Mittelzentren des Landes in maximal 90 Minuten (Mittelzentren im Berliner Umland in maximal 30 Minuten) erreicht werden kann.

GRÜNE/B 90: Brandenburg braucht zuallererst eine Investitions-offensive für den Erhalt der Netze, nicht zuletzt weil dies auch eine wesentliche Frage der Verkehrssicherheit ist. Die Erhaltungsmittel sind zu niedrig, das betrifft Schiene wie Straße - wir wollen sie deutlich erhöhen. Zukünftig sollen 50% der Wege mit dem Rad, zu Fuß oder mit dem ÖPNV zurückgelegt werden, hier wird unsere Politik ansetzen.

FDP: Im Verkehrsbereich wollen wir sowohl die Straße stärken – und hier die Landesausgaben für den Straßenerhalt von 12 Millionen auf die nach Expertenschätzungen nötigen 60 Millionen anheben – als auch das ÖPNV Angebot erhalten. Für unser Pendlerland ist beides wichtig. Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau von schnellen Datenverbindungen ein. Bis 2019 wollen wir eine Übertragungsrate von landesweit 50 MB/s gewährleisten. Dies ist elementar, auch für kleine Unternehmen auf dem Land.

Global gesehen konzentriert sich die Bevölkerung immer mehr in den Städten. Dies ist auch in Brandenburg festzustellen. Der Zustrom ins Berliner Umland ist nach wie vor ungebrochen, so dass die Bevölkerungszahlen hier seit Jahren ansteigen und ein entsprechender Neubaubedarf besteht. Potsdam beispielsweise wächst jährlich um 1.000 neue Bewohner. Hingegen muss im weiteren Metropolenraum von einer Verringerung der Wohnungsnachfrage und weiterem Rückbaubedarf ausgegangen werden.

Fragen 2a und 2b: Wie sieht Ihre Wohnungspolitik für Brandenburg gerade in seiner Unterschiedlichkeit aus? Welche Position vertritt Ihre Partei hinsichtlich energetischer Gebäudesanierung?

SPD: Der Stadtbau Ost ist eine Erfolgsgeschichte. Unser Ziel ist die Weiterführung des Programms in mindestens gleicher Höhe. Die steigende Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern werden wir gezielt nutzen und Wohneigentum in den innerstädtischen Sanierungsgebieten fördern. Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld ist die Sicherung preiswerten

Mietwohnraums. Die energetische Gebäudesanierung ist für das Gelingen der Energiewende sehr wichtig. Wir unterstützen Energiekonzepte unter Einbeziehung der Wohnungswirtschaft. Darüber hinaus werden wir das zentrale Förderprogramm REN verstärken.

DIE LINKE: Wir werden die Wohnraumförderung im Land durch Kofinanzierung für entsprechende Bundesprogramme sicherstellen. Wo bundesrechtlich möglich, werden wir eine Mietpreisbindung einführen. Wir haben das Landeswohnungsbauvermögen wieder eröffnet, um den Mietwohnungsbau, aber auch das Wohneigentum zu fördern. Die Verlängerung von Mietpreis- und Belegungsbindungen ist ein Instrument, um auf die angespannten Wohnungsmärkte zu reagieren. Die Bundesförderung für die energetische Gebäudesanierung ist bedarfsgerecht aufzustocken (5 Milliarden). Die Mieterinnen und Mieter dürfen nach den baulichen Eingriffen nicht mehr Miete zahlen müssen, als sie infolge dieser Maßnahmen einsparen.

CDU: Der Wohnraumknappheit im Berliner Umland muss endlich auch mit staatlich geförderten Neubauprogrammen entgegen gewirkt werden. Hier ist in den vergangenen Jahren unter Rot-Rot trotz anderslautender Bekundungen nichts passiert. In schrumpfenden Regionen muss der Rückbau und die städtebauliche Aufwertung im Rahmen des Stadtumbau Ost über flexible und maßgeschneiderte Förderungen weiterentwickelt werden. Die Zuständigkeiten für die Herausforderungen des demografischen Wandels wollen wir in einem bereits heute bestehenden Ministerium bündeln (Demografie-Ministerium). Bei der energetischen Gebäudesanierung stehen wir für eine technologieoffene Herangehensweise, die insbesondere auch die bestehenden Potenziale durch Modernisierungen der Heizungssysteme betrachtet.

GRÜNE/B 90: Als Bündnis 90/Die Grünen wollen wir den Neubau von Mietwohnungen im unteren Preissegment (Sozialwohnungen) besser fördern, vor allem familiengerechte sowie kleine und barrierefreie Sozialwohnungen für Behinderte oder ältere Menschen. Die Bundesförderung für den Wohnungsbau wollen wir hierfür nutzen und die landeseigene Wohnraumförderung wieder stärker für den Neubau solcher Wohnungen einsetzen.

Die Förderung von energetischer Sanierung von Gebäuden erfolgt durch Bundesprogramme. Wir fordern daher von der Bundesregierung, die KfW-Förderung massiv auszubauen und die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten von Investitionen in die energetische Sanierung von Gebäuden endlich zu verbessern. Durch bessere Beratung von Eigentümern und Mietern im Land sollen die Programme stärker genutzt werden.

FDP: In weiten Teilen Brandenburgs ist der Mietspiegel tief. In nachgefragteren Lagen ist es sinnvoll Marktanzreize, wie zum Beispiel die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Anlagen oder die Entbürokratisierung der Wohnungsbauförderung, zu schaffen.

Die energetische Sanierung nimmt bei der Umsetzung der Energiewende eine wichtige Rolle ein. Neben der Fortsetzung des KfW-Gebäudesanierungsprogrammes wird sich die FDP erneut für die steuerliche Förderung der Energetischen Gebäudesanierung einsetzen.

Klein- und mittelständische Handwerksbetriebe prägen das Bild der Brandenburger Wirtschaft und haben bedeutenden Anteil an der wirtschaftlichen Basis des Landes. Doch eines der größten Zukunftsprobleme ist die Sicherung von Nachwuchs- und Fachkräften. Das betrifft im Besonderen auch die regionale Bauwirtschaft. 2013 haben nur 205 junge Menschen eine Ausbildung am Bau begonnen, nur 305 Betriebe bilden noch aus.

Frage 3: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Nachwuchs- und Fachkräftesicherung im Handwerk unterstützen, um die Zukunft der Branche zu sichern?

SPD: Die Nachwuchs- und Fachkräftesicherung ist eines der wichtigsten Themenfelder der Zukunft. Die bei der ZAB angesiedelten Regionalbüros für Fachkräfteentwicklung initiieren Maßnahmen zur Fachkräfteentwicklung und begleiten Aktivitäten zur Berufsorientierung auch im Handwerk. Vor dem Hintergrund der demografischen Herausforderungen werden kleinen Unternehmen Projekte für ein betriebliches Personal- und Gesundheitsmanagement angeboten. Mit Kampagnen werden wir für die Attraktivität der Ausbildung werben und das Fachkräfteportal verstärkt nutzen. Ferner werden wir die Berufsorientierung in den Schulen intensivieren. Dazu soll das „Praxislernen“ zu einem „Unterrichtstag in der Wirtschaft“ weiterentwickelt werden. Außerdem wollen wir im ganzen Land „Türöffner-Netzwerke“ aufbauen, in denen ehrenamtliche Mentoren Jugendliche auf ihrem Weg in Schule und Berufsausbildung begleiten. Der erfolgreiche Sozialpartnerdialog soll weiterentwickelt werden. Sein zentrales Ziel muss es sein, den Brandenburger Arbeitsmarkt attraktiver zu machen, um Arbeitskräfte hier zu halten und neue zu gewinnen.

DIE LINKE: Unsere Schwerpunkte sind die Sicherung der betrieblichen Ausbildungsbasis und -qualität und die Unterstützung von KMU. Den Jugendlichen sind gesellschaftlicher Wert, Vielfalt und Zukunftsträchtigkeit besonders auch der Handwerksbranche zu vermitteln. Es muss dafür Kooperationen zwischen Schulen, Handwerkskammern und Ausbildungsbetrieben geben. Zudem fordern wir die Berufsausbildung mit Abitur. Auch in ländlichen Räumen soll Ausbildung attraktiv bleiben.

CDU: Über attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze im Handwerk zu informieren ist ein erster Schritt, um die Berufsausbildung zu stärken. Dafür müssen Unternehmen und Schulen bereits frühzeitig zusammenarbeiten, um bei Jugendlichen Interesse für Ausbildungsmöglichkeiten zu wecken. Wir werden ein klares und verbindliches Praktikumskonzept einführen, das ab der 7. Klasse regelmäßige Einblicke in Unternehmensabläufe und Berufsbilder vermittelt.

GRÜNE/B 90: Wir Grünen wollen bei der Suche nach Fachkräften ausländische Fachkräfte und unser Bildungssystem stärker in den Blick nehmen. Zur Fachkräftesicherung braucht es mehr Investitionen im Schulsystem und in der frühkindlichen Bildung. Wir wollen Berufe aufwerten, durch bessere Bezahlung, attraktive Arbeitsbedingungen, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Besonders Frauen wollen wir fördern.

FDP: Wir wollen gezielt auch Studienabbrecher als Fachkräfte gewinnen und über eine stärker naturwissenschaftlich ausgerichtete Schulbildung das Interesse an Handwerksberufen stärken. Darüber hinaus wollen wir auch den derzeitigen Fachkräfteüberschuss in Südeuropa nutzen um dort Fachkräfte für die Mangelberufe in Brandenburg anzuwerben.

Unternehmensgründer sind für die Entwicklung Brandenburgs mit seiner kleinteiligen Wirtschaftsstruktur von entscheidender Bedeutung für ökonomisches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Doch die Förderung von Existenzgründungen ist nach wie vor eine der großen Herausforderungen, vor denen Unternehmen und Politik stehen. Dies spielt gerade im Handwerk eine herausragende Rolle, um die dortigen Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern und neue zu schaffen. Denn die Zahl der erwerbsfähigen Personen sinkt in der Baubranche seit Jahren stetig und der Fachkräftemangel wird immer spürbarer.

Fragen 4a und 4b: Wie wollen Sie Unternehmensgründungen und -nachfolgen unterstützen? Was halten Sie von einem Programm der Meistergründungsprämie für Brandenburg?

SPD: Die Unterstützung von Betriebsgründungen und Betriebsübergaben durch die öffentliche Hand gehört in jeden wirtschaftspolitischen Instrumentenkasten. In Brandenburg werden wir ein branchenübergreifendes Mikrokreditprogramm auflegen, aus dem vorrangig Nachrangdarlehen vergeben werden, die eine eigenkapitalähnliche Wirkung haben. Fördertatbestände dieses Programms werden auch Betriebsübergänge und -gründungen im Handwerk sein.

DIE LINKE: Neugründungen, Unternehmensnachfolgen und Betriebsübergänge müssen weiterhin unterstützt werden. Branchenlösungen wie eine Meistergründungsprämie halten wir nicht für zielführend.

Wir stehen für branchenübergreifende Förderansätze und dies nicht nur bei den Neugründungen sondern auch beim Coaching, der Finanzierung und den Betriebsübernahmen und wollen diese ausbauen. Um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern, wollen wir die Vermittlungsplattformen der Kammern unterstützen und ausbauen.

CDU: Mit dem Instrument einer Meistergründungsprämie werden wir den Schritt in die Selbständigkeit für Handwerksmeister för-

dern. Gerade für junge Unternehmer und Existenzgründer sind die von uns geplanten 7.500 Euro eine gute Starthilfe. In Brandenburg könnten auf diese Weise jährlich rund 500 Handwerker unterstützt werden. Ebenso müssen mit Hilfe der Neuen Medien das Wissen und das Knowhow zur Unternehmensnachfolge gebündelt werden. Eine landeseigene Datenbank, die alle bekannten Angebote zusammenführt, wäre ein erster Schritt. Darüber hinaus wollen wir Rückkehrer und neue Fachkräfte noch stärker für ein Engagement in Brandenburg begeistern.

GRÜNE/B 90: Die Politik der (verlorenen) Zuschüsse werden wir schrittweise beenden und auf revolvierende Konzepte wie Förderkredite und Beteiligungskapital umstellen.

Wir Grüne wollen Gründungs- und Nachfolgeförderung organisatorisch bündeln und dauerhaft finanziell absichern. Die Kompetenzen der Handwerks- sowie der Industrie- und Handelskammern wollen wir in die Gründungs- und Nachfolgeberatung integrieren.

Das unterstützen wir.

FDP: Das Thema Wirtschaft, insbesondere Selbständigkeit und Unternehmertum, wird in Schulen kaum behandelt. Das wollen wir ändern und damit die Bereitschaft zur Unternehmensgründung und -übernahme verbessern.

Die Meistergründungsprämie ist unserer Auffassung nach eine kostengünstige und vor allem unbürokratische Möglichkeit, Betriebsgründungen und auch Betriebsübergaben zu unterstützen. Wir unterstützen sie ausdrücklich.

In der Brandenburger Landesverwaltung wird die Personaldecke immer dünner. Die Stellenzahl soll bis Ende 2018 von aktuell rund 47.500 auf 43.000 reduziert werden. Viele Beschäftigte scheiden aus Altersgründen aus. Hier gehen in erheblichem Maße Arbeitskraft, Erfahrung und Wissen verloren. Doch die Wirtschaft und die Bürger des Landes brauchen einen kompetenten und motivierten Öffentlichen Dienst statt bürokratischer Belastungen und Hemmnissen.

Frage 5: Wie wollen Sie eine handlungsfähige Landesverwaltung und optimierte Verwaltungsabläufe gerade auch für die Baubranche erreichen?

SPD: Im staatlichen Hochbau sowie im Landesbetrieb Straßenwesen wird durch einen Einstellungskorridor die Aufgabenwahrnehmung auch künftig gewährleistet. Um Qualifikation und Sachkompetenz in den kommunalen Verwaltungen sicherzustellen, werden wir eine umfassende Verwaltungsstrukturreform durchführen. Gemeinden können sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben eines leistungsfähigen Amtes bedienen oder sie von einer anderen Gemeindeverwaltung dauerhaft erfüllen lassen. Dies ist gerade in den Bauverwaltungen eine sinnvolle Regelung.

DIE LINKE: Bauanträge, Aufstellungsbeschlüsse und Bebauungspläne werden in den Landkreisen und Kommunen bearbeitet und entschieden. Es ist ständige Aufgabe, dort für gut qualifiziertes Personal zu sorgen.

CDU: Die Personaleinsparungen der vergangenen Jahre haben zu Qualitätseinbußen in der Verwaltung geführt. Die Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung muss gezielt gestärkt werden – beispielsweise bei der Straßenbauverwaltung und beim Landesbetrieb Straßenwesen. Generell gilt aber, dass die Schuldenbremse ohne Wenn und Aber ab 2020 eingehalten und dementsprechende Weichenstellungen auch bei der Landesverwaltung gestellt werden müssen.

GRÜNE/B 90: Die finanziellen Spielräume des Landes werden immer dünner. Neben der Kommunalreform wollen wir eine Funktionalreform, in der vorurteilsfrei über eine Neuaufteilung der staatlichen Aufgaben auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene entschieden wird. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst und eine leistungsgerechtere Bezahlung ein.

FDP: Die FDP Brandenburg setzt sich seit Jahren für eine Reduzierung der Bürokratie in der Verwaltung des Landes ein. Eine Reduzierung von Berichtspflichten sowie eine Befristung von rechtlichen Regelungen, die die Baubranche vor besondere Herausforderungen stellen und somit den Baufortschritt verzögern, haben entgegen unserer Forderung in der laufenden Legislaturperiode unter Rot-Rot leider nicht stattgefunden.

Parlamentarierbrief: Brandenburg wettbewerbsfähig und zukunftssicher gestalten

Brandenburg steht vor großen Herausforderungen. Und es wird die Aufgabe der neuen Landesregierung sein, die richtigen Weichen für eine mittel- und langfristig zukunftssichere Entwicklung Brandenburgs zu stellen. Dies kann nur gelingen, wenn die Politik die aus bauwirtschaftlicher Sicht erforderlichen Maßnahmen auf den Weg bringt. Der Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg und die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg haben hierzu Wahlprüfsteine formuliert und an die politischen Vertreter, Parteien und Kandidaten des Landes versandt.

Infrastrukturerhalt, Wohnungsbau, Fachkräftesicherung, Handwerks- und Mittelstandsförderung, Schwarzarbeits-

bekämpfung sowie die Wiederbelebung der Partnerschaft am Bau sind die Themenfelder, die für die regionale Bauwirtschaft im Mittelpunkt der politischen Diskussion stehen. Mit den Wahlprüfsteinen liefern die Bauverbände eine Situationsbeschreibung und formulieren ihre Forderungen an die neue Landesregierung. Nur wenn die Politik den Stellenwert der Bauwirtschaft für die Lösung der anstehenden Herausforderungen erkennt, wird sie das Bundesland Brandenburg für die nächste Legislaturperiode und darüber hinaus wettbewerbsfähig und zukunftssicher gestalten können. ck

Ein gutes Signal an Bauwirtschaft und Handwerk

Interview mit Jürgen Schweinberger, Leiter der Abteilung Stadtentwicklung und Wohnungswesen des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft Brandenburgs

FG Bau Konkret: Herr Schweinberger, in den kommenden beiden Jahrzehnten werden sich die Rahmenbedingungen auf den Wohnungsmärkten im Land Brandenburg weiter gravierend verändern. Dabei wird es zu räumlich sehr unterschiedlichen Ausprägungen kommen. Vor welchen wesentlichen Herausforderungen stehen Sie in der Stadtentwicklung und im Wohnungswesen in den Regionen des Landes Brandenburg?

Jürgen Schweinberger: Größte Herausforderung für die Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik des Landes ist es weiterhin, auf die extrem gegensätzlichen Entwicklungen der Städte und des Wohnungsmarkts im Land zu reagieren. In den berlinnahen Regionen mit teilweise angespannten Märkten setzt das MIL deshalb die Strategie der Innenstadtstärkung sowie der Verlängerung von Mietpreis- und Belegungsbindungen in geförderten



Jürgen Schweinberger

Beständen fort. Im berlinfernen Raum gilt es auch künftig, die Innenstädte und innerstädtisches Wohnen unter Schrumpfungsbedingungen zu stärken. Sowohl der Wohnungsneubau im berlinnahen Raum, als auch der Stadtumbau in den entspannten Märkten im berlinfernen Raum stellen dabei eine große Herausforderung dar. In allen Landesteilen wird generationsgerechter und energetisch optimierter Wohnraum benötigt. In der kommenden Legislatur stellt das Land Brandenburg 40 Mio. EUR p.a. für die Wohnraumförderung zur Verfügung, davon allein für den Wohnungsneubau 10 Mio. EUR p.a.

Mit welchen Maßnahmen im Bereich der Stadtentwicklung wollen Sie auf die demografischen, wirtschaftsstrukturellen und ökologischen Veränderungen in Brandenburg reagieren?

Der Stadtumbau wird auch in Zukunft fortgesetzt. Auch kleinere Städte, die vom Leerstand betroffen sind, erreicht das Land mit einem hierfür ab 2014 bestehenden Sonderprogramm. Die Programme der Wohnraumförderung passen die energetischen Standards kontinuierlich an. Das MIL hat eine Kooperation zum nachhaltigen Planen und Bauen initiiert. Gemeinsam mit der brandenburgischen Architekten- und der Ingenieurkammer werben wir dafür, bei Neubau und Sanierungen den Flächen- und Ressourcenver-

brauch sowie den Einsatz nachhaltiger Baustoffe stärker in den Fokus zu rücken.

Zu Städtebau und Wohnungswirtschaft gehört auch die Frage nach Förderprogrammen. Welche Förderangebote haben sich bewährt und welche muss es auch zukünftig geben?

Die bestehenden Programme der Städtebau- und Wohnraumförderung haben sich in den letzten Jahren bewährt und sind auf die landesweit unterschiedlichen Märkte ausgerichtet. Die Städtebauförderung mit ihren unterschiedlichen Teilprogrammen stellt auch künftig ein zentrales Instrument dar, um die Städte demografiefest und zukunftssicher zu gestalten. Eine erfolgreiche Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik wird sich auch künftig daran messen lassen müssen, ob es gelingt, die Städte trotz des fortschreitenden demografischen Wandels langfristig zu stabilisieren, auf städtischer Ebene die Herausforderungen von Klimaschutz, Energieeinsparung und Nachhaltigkeit zu meistern und nicht zuletzt, den sozialen Zusammenhalt in den Städten zu sichern. Die Schwerpunkte der Wohnraumförderprogramme liegen weiterhin in der Förderung, der energetischen generationsgerechten Ertüchtigung der nachhaltigen Wohnungsbestände, der Aufzugsförderung und der Förderung von Wohneigentum. Dabei steht die Sicherung von Wohnraum für Empfänger niedriger Einkommen im Focus der Förderpolitik. Mit der Aufstockung der nationalen Städtebauförderung durch den Bund ab 2014 sowie den jährlich zur Verfügung stehenden Mitteln für die Wohnraumförderung, ist das Land in der Lage, langfristig auf hohem Niveau die erfolgreiche Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik fortzusetzen.

Die diesjährige Evaluation des Stadtentwicklungskonzeptes Potsdam aus dem Jahr 2009 kommt zu dem Schluss, dass bei anhaltendem Wachstum der Bevölkerungszahl eine messbare Entlastung der Marktsituation in absehbarer Zeit kaum zu erwarten ist. Welche Aufgaben bzw.

Maßnahmen leiten sich daraus für die Landeshauptstadt ab?

Das MIL kann hier nur für das Land sprechen und aufzeigen, in welcher Form landesseitig eine Unterstützung der Stadt bei den anstehenden Herausforderungen erfolgt. Das MIL hat mit der ILB und der Stadt Potsdam das sogenannte „Potsdamer Modell“ entwickelt. Damit konnten in den zurückliegenden zwei Jahren über Vereinbarungen mit Akteuren der Wohnungswirtschaft für die Stadt Potsdam Verlängerungen von Mietpreis- und Belegungsbindungen für 3.300 Wohnungen gesichert werden. Weiter hat das MIL mit der Stadt Potsdam eine Kooperationsvereinbarung für die Mietwohnraumförderung in der Landeshauptstadt bis 2019 abgeschlossen. Das Land hat darin Fördermittel für rund 150 Wohnungen im Jahr zugesagt. Die Stadt Potsdam hat hierfür einen Stadtentwicklungsplan Wohnen geschaffen und Fördergebiete festgelegt. Mit der am 01.09.2014 in Kraft tretenden Mietkappungsverordnung geben wir auch der Stadt Potsdam ein weiteres Instrument zur Entspannung der Mietsituation an die Hand.

Welche Aussichten ergeben sich aus diesen Plänen für die Brandenburger Bauwirtschaft?

Seit 1990 hat das Land Brandenburg aus den unterschiedlichen Programmen der Städtebau- und Wohnraumförderung ca. 8,4 Mrd. EUR für Neuinvestitionen zur Verfügung gestellt. Mit den für die nächste Legislatur auf hohem Niveau sicher zur Verfügung stehenden öffentlichen nationalen und europäischen Mitteln können Investitionen für überwiegend kleinteilige Maßnahmen mit einem Multiplikatoreffekt des 7-fachen angestoßen werden. Dies ist ein bedeutender arbeitsmarktpolitischer Faktor und sicher auch ein gutes Signal an die mittelständische Bauwirtschaft und das örtliche Handwerk.

Herr Schweinberger, wir danken Ihnen für Ihre Antworten.

Brandenburger Städte – entscheidend für die Zukunft des Landes

Die kommunale Eigenständigkeit, die Tatkraft ihrer Bewohner und eine gezielte Förderpolitik des Landes haben die Städte im Land Brandenburg in den vergangenen 20 Jahren zu dem gemacht, was sie heute sind: lebendige Kristallisationspunkte! Ob in der ländlich geprägten Kleinstadt oder in der pulsierenden Landeshauptstadt – in den Städten lebt und arbeitet der Großteil der Brandenburger. Ob und wie die heute unbestritten hohe Lebensqualität, Attraktivität und Leistungsfähigkeit unserer Städte erhalten und weiterentwickelt werden kann, ist die zentrale Frage und Herausforderung für die kommenden Jahre. Und es ist eine Frage und Herausforderung nicht nur für die Städte, sondern auf Grund der Bedeutung der Städte für die Zukunft des gesamten Landes Brandenburg.

Die Weichen werden jetzt gestellt. Doch welche Fahrtrichtung letztlich eingeschlagen wird, hängt wesentlich auch davon ab, wie die Akteure auf Bundes- und Landesebene künftig ihre strukturpolitischen Rahmenseetzungen auf eine Stärkung der Städte ausrichten werden und dabei auch die unterschiedliche raumstrukturelle Bedeutung der Städte im Auge behalten.

Global gesehen konzentriert sich die Bevölkerung immer mehr in den Städten, dies ist auch in Brandenburg festzustellen. Diese generelle Entwicklung wird im Land Brandenburg von weiteren Besonderheiten und z.T. gegenläufigen Entwicklungstrends überlagert:

- » Es gibt im Flächenland Brandenburg nur eine Großstadt und 24

Mittelstädte, von denen wiederum nur drei Städte mehr als 50.000 Einwohner aufweisen. Das Gros der Brandenburger Städte sind Kleinstädte und kleine Landstädte.

- » Die Stadtgröße in Verbindung mit der Lage zur Metropole Berlin markieren die Eckpfeiler der strukturellen Bedeutung für die Landesentwicklung und der kommunalen Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Die Entwicklung in Brandenburg ist natürlich in starkem Maße durch die Metropole Berlin geprägt.
- » Im weiteren Metropolenraum gibt es – wenn auch rückläufig – weiterhin Bevölkerungsverluste, während im Berliner Umland mehr Zuzüge als Fortzüge zu verzeichnen sind.
- » Der Unterhalt vieler Infrastrukturen in der Fläche wird auf Dauer nicht zu bewerkstelligen sein. Die demografische und wirtschaftliche Entwicklung wird daher mit einer weiter steigenden Konzentration von Wohnen und Arbeiten sowie zentralörtlichen Funktionen in den Städten einhergehen (u.a. Bildung, Kultur, Medizin, Soziale Betreuung).
- » Das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Städten wird auch künftig die Entwicklung im Land bestimmen. Es ist eine zunehmende Differenzierung der Handlungsbedarfe zwischen wenigen wachsenden und vielen schrumpfenden Städten sowie zwischen größeren und kleineren Städten zu erwarten.

Der Erhalt urbaner Qualitäten und die notwendige Sicherstellung der Daseinsvorsorge in sehr unterschied-



Arne Raue

lichen Raumkonstellationen bringen hohe Anforderungen an das kommunale Handeln mit sich. Hinzu kommen übergreifende Herausforderungen wie die Gefahr zunehmender sozialer Disparitäten und regionaler Ungleichgewichte, Nachwuchsprobleme und Fachkräftemangel in der Wirtschaft, steigende Energiekosten, die Konsequenzen aus dem Klimawandel und ein zunehmender Altersdurchschnitt der Brandenburger Bevölkerung. Hier muss zielgenau reagiert werden. Es bedarf klarer Strategien – vor Ort, kleinteilig und effizient, aber auch auf regionaler und auf Landesebene. Wir Städte im Land Brandenburg wollen und können hier den zentralen Beitrag leisten. Jedoch müssen die Voraussetzungen für eine weiterhin stringente Entwicklung der Städte stimmen.

Arne Raue

*Bürgermeister der Stadt Jüterbog
und Vorsitzender
der Arbeitsgemeinschaft
»Städtekrans Berlin-Brandenburg«*

Große Aufgaben der Bauwirtschaft im ländlichen Raum



Dr. Thomas Tanneberger

In der Landwirtschaft vollziehen sich derzeit heftige Veränderungen, die von einer regen Bautätigkeit begleitet werden. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Die 2013 beschlossene Reform der EU-Agrarpolitik bringt für die Landwirtschaftsbetriebe Rationalisierungszwang mit sich. Ähnliche Signale erhalten die Unternehmen von den Welt-Agrarmärkten, deren Preisschwankungen sie seit Abschaffung des EU-Außenschutzes voll ausgesetzt sind. Anreize, die Milchproduktion zu erweitern, gehen von dem Beschluss der EU-Kommission aus, 2015 die Milchquote abzuschaffen. Eine weitere Triebkraft für Neu- und Umbauten sind die wachsenden Anforderungen

der Politik im Hinblick auf den Tierschutz. Eine besondere Rolle dürfte hier die ab 2015 greifende Tierwohl-Initiative des Lebensmittelhandels und des Deutschen Bauernverbandes spielen. Letztlich ist zu erwähnen, dass auch die niedrigen Zinsen sowie betriebliche Neustrukturierungen und Investorenübernahmen Anlass für Bautätigkeit sind.

Aus all diesen Entwicklungen resultieren enorme Aufgaben für die ländliche Bauwirtschaft, die sich zum Teil bereits hart an der Leistungsgrenze bewegt. Das knappe Angebot an Baudienstleistern hat zu einer Explosion der Baupreise geführt. Ein Kuhplatz in einer Milchviehanlage kostet heute zwischen 6.000 und 8.000 Euro, das galt vor noch nicht allzu langer Zeit als DM-Wert. Dennoch sind Um- und Neubauten von Rinderanlagen momentan bestimmend für das Bild, weil hier die Rationalisierungseffekte groß und die Altanlagen meist verschlissen sind. Daneben entstehen vor allem in Nordsachsen und Mecklenburg-Vorpommern Schweine- und Geflügelkomplexe. Aber auch Projekte der ländlichen Infrastruktur sind im Entstehen, ob es die Feuerwehrgara-

ge mit Gemeindesaal ist, die Nahwärmeleitung von der Biogasanlage ins Dorf oder die Befestigung alter LPG-Plattenstraßen. Der bisher rege Bau von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien ist hingegen sehr stark zurückgegangen. Schuld daran sind politische Entscheidungen, vor allem die jüngst beschlossene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

Das deutet an, dass die Landwirtschaft bei ihren Bauprojekten auch vor erheblichen Risiken steht: Die Rahmenbedingungen hängen sehr stark von der Politik ab, die sich wiederum von zum Teil unrealistischen Stimmungen in der Gesellschaft treiben lässt. Dies führt immer wieder zu Problemen mit ökologischen oder bürgerschaftlichen Interessenträgern; der Extremfall war 2013 eine bei laufendem Betrieb rückwirkend entzogene Baugenehmigung für eine Stallanlage. Ein gutes Miteinander von Bevölkerung und Landwirtschaft ist zunehmend entscheidend für das Gelingen ländlicher Bauprojekte.

Dr. Thomas Tanneberger

BauernZeitung

Berlin-Bützow-Zöbzig-Köllitsch-Weimar

Investitionen des Bundes in die Wasserstraßen der Region Berlin-Brandenburg

Die drei Wasser- und Schifffahrtsämter Eberswalde, Berlin und Brandenburg a. d. Havel betreiben für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes 1.474 km Wasserstraßen, das Schiffshebewerk Niederfinow,

77 Wehr- und 71 Schiffsschleusenanlagen sowie 294 Brückenanlagen. Zusammen mit den Bauvorhaben des Wasserstraßen-Neubauamtes Berlin hat der Bund im Jahr 2013 rund 170 Mio. Euro für den Betrieb, die Unter-

haltung und den Ausbau dieses Netzes bereitgestellt, davon 85 Mio. Euro für Investitionen.

Im Zuge einer Verwaltungsreform sollen die Wasserstraßen des Bundes



Rolf Dietrich

künftig in ein Haupt- und ein Neben-
netz unterschieden werden. Entscheid-
end für die Zuordnung ist ein Ladungs-
aufkommen von mehr oder weniger
als 600.000 Gütertonnen pro Jahr.
Das Hauptnetz soll, wie bisher, unmit-
telbar durch den Bund betrieben und

unterhalten werden. Für das Neben-
netz sind nach den Vorgaben der Bun-
destagsinitiative „Infrastruktur und
Marketing für den Wassertourismus
in Deutschland verbessern“ alterna-
tive Betriebsmodelle zu untersuchen.
Unabhängig davon wird sich der Bund
aber auch an diesen Wasserstraßen
weiter seinen Eigentümerverpflichtun-
gen stellen.

Mit dem Verkehrsprojekt Deutsche Ein-
heit Nr. 17 und dem Ersatzneubau des
Schiffshebewerkes Niederfinow werden
die letzten beiden großen Ausbavor-
haben des Bundes an den Wasserstra-
ßen der Region Berlin-Brandenburg bis
zum Jahr 2020 abgeschlossen sein. Für
den neuen Bundesverkehrswegeplan
2015 sind darüber hinaus nur noch



mehrere kleinere Ausbavorhaben zur
Beseitigung netzrelevanter Engstellen
angemeldet worden. Der Investitions-
schwerpunkt wird sich daher künftig
noch stärker in Richtung des Erhalts der
vorhandenen Infrastruktur verschieben.

Rolf Dietrich

Leiter des Wasserstraßen-
Neubauamtes Berlin

Wasserstraßen nicht das Wasser abgraben



Christoph Eydam

Als Unternehmen, das bereits an meh-
reren Bauvorhaben bundesweit im
Bereich der Wasserstraßen beteiligt
war und ist, liegt mir die Entwicklung der
Wasserstraßen ganz besonders am
Herzen.

Die Binnenschifffahrt ist nach Straße
und Schiene der dritt wichtigste Ver-
kehrsträger in Deutschland. Damit sind
die Wasserstraßen ein zentraler Be-
standteil der Infrastruktur und von we-
sentlicher Bedeutung für die Wirtschaft.
Gerade auch die Bauwirtschaft profi-
tiert von einem guten Ausbau. Denn
unsere Arbeitsstätten liegen nicht im-
mer „vor der Haustür“. Verstopfte und
überlastete Straßen wirken sich nega-
tiv auf die Effektivität unserer Arbeit
aus, Baustoffe und Schüttgüter hin-
gegen müssen nicht unbedingt über
unsere Autobahnen und Landstraßen
transportiert werden. Aber gerade die
Havel-Oder-Wasserstraße (HOW) stößt
in ihrem derzeitigen Ausbauzustand
für die Berufsschifffahrt an ihre Gren-
zen. Der Bau des neuen Schiffshebe-

werkes Niederfinow war eine funda-
mentale Voraussetzung für eine weitere
positive Entwicklung des schiffbaren
Binnenwasserweges von der Ostsee
bis Berlin oder in der Perspektive auch
bis Rotterdam. Dazu ist aber neben
der Fertigstellung des Schiffshebe-
werkes und der bereits begonnenen
Anhebung zu niedriger Brücken auch
der weitere Ausbau des Kanalbettes
erforderlich. Denn nur wenn alle
Aspekte gleichermaßen berücksich-
tigt werden und zusammenpassen,
entsteht eine leistungsfähige Infra-
struktur, die sich den verkehrswirt-
schaftlichen und technischen Anfor-
derungen zunehmender Transportgü-
terströme auf dem Wasser anpasst
und unsere „leidenden“ Straßen ent-
lasten kann.

Neben der HOW ist aber auch der „alte“ Finowkanal als die älteste noch schiffbare Wasserstraße ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für den Tourismus. Der Erhalt des Kanals und die Instandhaltung der Schleusen sind daher unverzichtbar für die Region. Hier bedarf es aber besonders eines positiven Bekenntnisses aller betei-

ligten Entscheidungsträger in der Finowkanalregion. Da es sich beim Finowkanal zudem um eine der 64 Binnenwasserstraßen des Bundes handelt, ist vor allem das Verkehrsministerium gefragt, vernünftige Bedingungen für eine positive Entwicklung zu schaffen. Neben Arbeitsplätzen im Tourismus können hier auch viele

kleine spezialisierte Bauunternehmen ihr Betätigungsfeld bei der Erhaltung und Unterhaltung finden.

Christoph Eydam

*Geschäftsführung Baugesellschaft
EYDAM mbH, Schorfheide*

Tradition und Moderne: Das BARNIM PANORAMA Wandlitz

Natur und Landwirtschaft unter einem Dach

Wandlitz – nordöstlich von Berlin, inmitten der reizvollen Wald- und Seenlandschaft des Naturparks Barnim gelegen – ist ein seit Beginn des 20. Jahrhunderts aufstrebender Naherholungsort. Im September 2013 öffnete dort das „BARNIM PANORAMA Naturparkzentrum Agrarmuseum Wandlitz“ seine Pforten. Als größte bauliche Einzelinvestition der Gemeinde Wandlitz, durch den EU-Landwirtschaftsfonds ELER gefördert, wurde damit ein neuer touristischer Anziehungspunkt vor den Toren Berlins geschaffen.

Das Agrarmuseum Wandlitz, Mitte der 1950er Jahre aus einer privat gegründeten Heimatstube hervorgegangen, fand dort sein neues Domizil. Unter einem Dach vereint mit dem Besucherzentrum des seit 1999 bestehenden Naturparks Barnim, dem einzigen länderübergreifenden Großschutzgebiet zwischen Berlin und Brandenburg, werden in einer gemeinsamen Ausstellung die Themen Natur und Landwirtschaft präsentiert. „Geformte und genutzte Land-

schaft“ ist der Titel der Ausstellung. Ausgehend vom Sammlungsbestand des Agrarmuseums und den Grundideen einer integrierten Ausstellung wird in den Themenräumen: Wilder Barnim, Bewegte Böden, Traktoren-Herde, See-Blicke, Land-Leben und Barnim-Geschichten auf 1.650m² die Entwicklung des Barnim von der eiszeitlichen Wildnis zur modernen Kulturlandschaft erzählt. Das Gesamtinvestitionsvolumen betrug rund 4,5 Mio. Euro.

Das Zusammengehen von Agrarmuseum und Naturparkzentrum ist ein Novum – nicht nur im Land Brandenburg. Auch aus diesem Grund war das Vorhaben eine interessante Herausforderung für alle Beteiligten: die Gemeinde Wandlitz als Bauherrin, die Architekten reese lubic woehrlin (rlw, heute rw+ Architekten) Berlin, die Ausstellungsgestalter Kessler & Co. aus Mülheim a.d.Ruhr, die Kuratoren Dr. Jasdan Jörges und Daniela Kratzsch sowie last but not least die „Nutzer“ Agrarmuseum und Naturpark.



Barnim Panorama Wandlitz

Vorbild für das imposante Gebäude, das im historischen Wandlitzer Dorfkern nun die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich zieht, ist die regionaltypische Form des Dreiseithofes. Das entstandene moderne Hofensemble lässt die Anlehnung an die traditionelle Gebäudestruktur mit Stall, Scheune, Haupthaus und Nebenglass gut erkennen. Es besteht aus den Neubauten „Museumsstall“ und „Museums-scheune“ für die Ausstellung, einem Schau- und Museumsdepot sowie einem straßenseitig platzierten Unterstand für zwei eindrucksvolle museale Großmaschinen. Als „Haupthaus“ wurde das bestehende 100-jährige Schulgebäude in den neuen Hof integriert. Saniert und umgebaut zum Verwaltungssitz wurden hier Büro- und Seminarräume geschaffen. Die von den Landschaftsplanern BWP – Bode Williams & Partner, Berlin konzipierten Außenanlagen mit Schaugarten und Wie-

senfläche ergänzen die Gesamtanlage. Demnächst wird ein Entdeckerpfad als weiteres Element hinzukommen.

Die Gebäudeform wurde an die dörfliche Situation angepasst, der Einsatz ökologischer und traditioneller Baustoffe (Holz, Stroh, Lehm, Klinker) umgesetzt.

Berücksichtigt wurden Blickachsen zur umgebenden Landschaft mit See, Uferbereich und historischem Dorfkern; angewendet wurden beispielhafte Systemlösungen für einen nachhaltigen Betrieb (u.a. Pelletheizung, Fotovoltaikanlage, Regenwassernutzung). Als ökologischer Musterbau und Nullemissions-

haus ist es mit dem Barnim Panorama gelungen, Tradition mit zukunftsorientiertem Bauen zu verbinden. Die brandenburgische Architekten- und Ingenieurkammer würdigte das mit dem Sonderpreis des Baukulturpreises 2013.

Ralf Becker

*Vorstand Förderverein Agrarmuseum
Wandlitz e.V.*

„Alles aus einer (Frauen-)Hand“ - TERPE Bau GmbH

Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, beschreibt sie in seiner Laudatio so: „Angst vor Männern hat die Unternehmerin nicht.“ Gewidmet war die Würdigung Dipl.-Ing. Corina Reifenstein, Geschäftsführerin der Terpe Bau GmbH in Spremberg und ausgezeichnet als Unternehmerin des Jahres (3. Platz) beim diesjährigen Unternehmerinnen- und Gründerinnentag des Landes Brandenburg.

Die Wurzeln der Terpe Bau GmbH liegen in der Landwirtschaft der Vorwendezeit. Die LPG Schwarze Pumpe und die LPG Proschim verfügten damals über eigene Baubrigaden. Aufgrund der strukturellen Veränderungen zu Beginn der 90er Jahre mussten diese Baukapazitäten ausgelagert werden, um künftig den marktwirtschaftlichen Anforderungen zu entsprechen. So entstand die Terpe Bau GmbH. Erster Arbeitstag mit ihrem damaligen Geschäftsführer Werner Schiemenz war der 1. Februar 1991.

2010 haben Corina und Bert Reifenstein die Terpe Bau GmbH als geschäftsführende Gesellschafter und Inhaber übernommen. Die langjährige Kenntnis der betrieblichen Abläufe – Corina Reifenstein seit Gründung als Technologin und ihr Mann seit 1997 als

Lehrausbilder, später als Bauleiter – wirkte sich auf die reibungslose Fortsetzung der Geschäftsführung und damit der grundlegenden betrieblichen Prozesse besonders positiv aus.

Das Unternehmen heute

Die Terpe Bau GmbH hat sich durch fachliche Kompetenz, Qualität, Termintreue sowie individuelle Beratung und Betreuung ihrer Auftraggeber einen Namen erarbeitet. Das Unternehmen ist regional und überregional tätig; die „Spur seiner Arbeiten“ führt von Mecklenburg-Vorpommern, Berlin-Brandenburg und Sachsen über Hessen und Bayern - zeitweise sogar bis zur spanischen Insel Mallorca! Vorwiegend arbeitet das Unternehmen jedoch in der Region.

Schwerpunkt im vergangenen Jahr bildete ein Großauftrag der Vattenfall Europe AG im Bereich Mietwohnungsbau. Wesentliche Aufgabe in diesem Jahr war die Fertigstellung eines Wohn- und Geschäftshauses im Herzen der Stadt Spremberg mit 21 Wohneinheiten, zwei Büros und einem großen Drogeriemarkt. Derzeit ist das Unternehmen mit Umbauarbeiten an Unternehmensgebäuden und Industrieanlagen befasst. Darüber hinaus werden gegen-

wärtig zwei weitere große Wohngebäude in Spremberg und Hoyerswerda errichtet.

Die Terpe Bau GmbH bildet kontinuierlich Lehrlinge in den Baugewerken aus. Ein großer Teil der jungen Kollegen der Firma hat in dem Betrieb die Facharbeiterausbildung absolviert. Derzeit befinden sich fünf Lehrlinge in der Ausbildung. Dazu gehört auch Adam Nowakowski aus Polen, der auf Grund seiner hervorragenden Leistungen die Lehre vorzeitig beenden wird. Er wurde im Juli 2014 „Lehrling des Monats“; ausgezeichnet von der Handwerkskammer Cottbus als bester Lehrling des Kammerbezirkes.

Das Unternehmen ist mit seinen inzwischen ca. 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eines der größten Bauunternehmen der Region. Dennoch werden Kleinaufträge, wie beispielsweise die Herstellung eines Zaunsockels oder die Ausbesserung eines Schornsteinkopfes, ebenso gewissenhaft und fachgerecht umgesetzt wie Großaufträge von privaten Bauherren oder kommunalen Einrichtungen. Ganz nach der Maxime: Alles aus einer (Frauen-)Hand.

Viva Brasil bei der Marienfelder Baufete

In diesem Jahr ging es im wahrsten Sinne des Wortes rund. Brasilien ließ grüßen und bestimmte als Gastgeberland der Fußball-WM das Rahmenprogramm der Marienfelder Baufete, die traditionell auf dem Gelände des Lehrbauhofes in Berlin-Marienfelde stattfindet. Rund 500 Gäste ließen sich auch in diesem Jahr von der Veranstaltung und ihrem vielfältigen Rahmenprogramm begeistern und nutzten die Gelegenheit, sich mit Freunden, Kollegen und Partnern auszutauschen.

Auch politisch wurde es sportlich. Verbandspräsident Michael Schrobsdorff zeigte in seiner Eröffnungsrede anhand der Beispiele Berliner Staatsoper, BBI und Tempelhofer Feld, dass 2014 zwar das Jahr der Weltmeisterschaft ist, in der Region Berlin-Brandenburg aber nicht alles weltmeisterlich verlaufe und das Vertrauen in die Fähigkeiten der Politik im vergangenen Jahr ein Stück verloren gegangen sei. Das gelte sowohl für den Bund, der praktisch nicht mehr Mittel für den Infrastrukturerhalt bereitstelle und dessen Regelungen zum neuen Mietrecht investitions-hemmend sind, als auch für Berlin. Schrobsdorff ging hier speziell

auf das fehlende Tempo im Wohnungsbau und die Probleme mit der Verkehrslenkung Berlin ein. Weiter unterstrich er, dass die Bauwirtschaft der Region die Initiative Berlins unterstützen, sich um Olympia 2024 zu bewerben. Sie sei bereit und in der Lage, ihren Beitrag hierzu zu leisten. Der Verbandspräsident machte allerdings klar, dass man nur erfolgreich sein werde, wenn Politik und Verwaltung in Berlin nicht erst im Jahr 2024 olympisches Niveau erreichen, sondern schon jetzt damit begonnen werde.

Michael Müller, Berlins Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, appellierte an die Gäste, sich von der Entscheidung um Tempelhof nicht entmutigen zu lassen. Die Stadt brauche jetzt erst recht Bauinvestitionen und die FG Bau weiterhin als tatkräftigen Partner der Bauverwaltung. Brandenburgs Minister für Infrastruktur, Jörg Vogelsänger, betonte, dass Berlin und Brandenburg eine Wirtschaftsregion seien. Investitionen in Infrastruktur und Bau müssten wieder mehr Gewicht bekommen. Ebenso bedankte er sich bei den anwesenden Bauunternehmen für ihre Leistungen.

Große spielen für die Kleinen

Die wirkliche Fußball-Attraktion der Baufete waren weniger die WM-Vorrundenspiele als vielmehr ein Streetkicker. Denn die Gäste sollten Fußball nicht nur auf der Leinwand erleben, sondern auch selbst für einen guten Zweck sportlich aktiv werden. Streetkicker funktioniert ähnlich wie Tischfußball, nur mit echten Spielern. Zwei Mannschaften stehen mit jeweils fünf

Spielern an Stangen im Feld. Alle Spieler müssen ihre Hände an der Stange lassen, auch der Torwart. Dabei können sich Spieler, die mit anderen Mitspielern an einer Stange spielen, nur gemeinsam nach links oder rechts bewegen.

Für besondere Stimmung sorgte das Spiel der FG Bau Damen gegen Vertreter des FG Bau Präsidiums. Wenn die Herren anfangs noch von leichtem Spiel ausgingen, wurden sie schnell eines Besseren belehrt – sie gewannen das Match nur knapp. Danach traten Gewerkschaftler gegen die Fachgemeinschaft an. Beim Spiel der Arbeitnehmervertreter gegen die Arbeitgebervertreter fielen reichlich Tore auf beiden Seiten. Abschließend zeigten noch die Auszubildenden, Ausbilder und Geschäftsführer des Lehrbauhofes ihr fußballerisches Können. Zusätzlicher Ansporn aller Mannschaften war die Ankündigung der Fachgemeinschaft Bau, für jedes gefallene Tor zehn Euro an die Patenschule des Lehrbauhofes, die Rudolf-Hildebrand-Grundschule in Mariendorf, zu spenden.

Copacabana Marienfelde

Absoluter Höhepunkt waren jedoch die Darbietungen der Copacabana Sambashow Berlin. Copacabana-Sambatänzerinnen, Batucada-Trommler & Capoeira-Athletik brachten den Strand von Rio für einen Abend nach Marienfelde und damit Flair und Temperament des Brasilianischen Karnevals. Zu Brasilien gehören aber auch Kaffee und Cocktails – für viele Gäste willkommene Alternativen zum frisch gezapften und gekühlten Bier. ck





FG Bau unterstützt Rudolf-Hildebrand-Grundschule



Starke Partner für eine starke Schule: Konrektor Kai Lerch, Reinhold Dellman, Andreas Koch-Martin, Schulleiter Michael Nordgerling und „Patenonkel“ Mario Woche (v.l.n.r.).

Für die Streetkicker-Mannschaften der Marienfelder Baufete gab es nur ein Ziel: So viele Tore wie möglich zu schießen. Es war zwar keine Weltmeisterschaft zu gewinnen, aber die Fachgemeinschaft Bau spendete für jedes Tor zehn Euro an die Rudolf-Hildebrand-Grundschule in Berlin-Mariendorf, einer Patenschule des Lehrbauhofs Berlin. 300 Euro kamen so zusammen.

Schulleiter Michael Nordgerling bedankte sich herzlich für die Spende, denn es gäbe noch viel zu tun auf dem Gelände. Und er ist begeistert von der Initiative und Unterstützung, die die Schule durch den Lehrbauhof erfährt. „Besuche auf dem Lehrbauhof kommen bei unseren Schülern immer gut an“, betonte er. Eines der jüngsten gemeinsamen Projekte war, den Back-

steingrill wieder instand zu setzen. Ein Team vom Lehrbauhof baute den Grill zusammen mit Schülern wieder auf und erklärte ihnen dabei auch gleich, worauf es beim Fliesenlegen ankommt. So konnten sich alle beim Schulfest die frisch gebrutzelten Würstchen schmecken lassen. Auch zukünftig sind weitere gemeinsame Projekte, wie der Bau einer kleinen Kaninchenfarm im kommenden Schuljahr, geplant.

Doch über die Zusammenarbeit mit dem Lehrbauhof bekommen die Schüler nicht nur praktische Einblicke in spannende Bauberufe. Sie erkennen dabei, dass Mathematik kein „dröger“ Schulstoff, sondern ein wesentlicher Baustein ist, um auch spannende Projekte abseits der Schulbank realisieren zu können. So macht Lernen dann gleich doppelt Spaß. ck

Pilotprojekt „Verbundausbildung zum Betoninstandsetzer“

Erstmalig wird ab 2014 die Möglichkeit einer Zusatzqualifikation zum Betoninstandsetzer im Rahmen einer Verbundausbildung zwischen klassischen Hoch- und Tiefbauunternehmen und Spezialfirmen in der Betoninstandsetzung angeboten. Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg, das von ihr betriebene Berufsförderungswerk sowie die Güteschutzgemeinschaft Betoninstandsetzung Berlin und Brandenburg haben das Pilotprojekt im Rahmen eines Baustellentages im Wissenschafts- und Technologiepark

Adlershof mit Ausbildungsbetrieben vorgestellt.

Die Absolventen dieser Ausbildung verfügen über Fachkenntnisse, die derzeit, aber auch künftig dringend benötigt werden. Im Hinblick auf die marode Infrastruktur und die zum Teil stark in die Jahre gekommene bauliche Substanz – nicht nur in Berlin und Brandenburg, sondern bundesweit – besteht ein immenser Bedarf an Arbeiten im Bereich der Bauwerk-instandsetzung.



Arbeiten in der Betoninstandsetzung: spannend, abwechslungsreich, zukunftssicher.

Trotz der hohen Nachfrage nach qualifiziertem Personal und der Ausbildungsbereitschaft der Spezialfirmen konnten diese bislang jedoch meist nicht zum Betoninstandsetzer ausbilden, da sie nicht alle Arbeitsfelder des Ausbildungs-Rahmenplanes für Beton- und Stahlbetonbauer in ihren Betrieben ausführen und damit vermitteln können. Reinhold Dellmann, Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau, erklärt dazu: „Wir müssen

dem Fachkräftemangel mit innovativen Ansätzen begegnen und aufzeigen, dass eine Tätigkeit am Bau abwechslungsreich und auch für junge Menschen mit höherem Bildungsabschluss sowohl interessant als auch herausfordernd ist. Mit unserem Pilotprojekt bringen wir über die Verbundausbildung die Fachkräftesicherung nun um einen weiteren Schritt voran. Gleichzeitig bieten wir den Azubis die Chance, eine Fachkompetenz zu

erlangen, die ihnen eine jahrzehntelange Sicherheit im Berufsleben gewährleistet.“

Die Kenntnisse und Fähigkeiten werden neben der betrieblichen Ausbildung im dritten Lehrjahr im Berliner Ausbildungszentrum der Fachgemeinschaft Bau vermittelt. Das Projekt richtet sich aufgrund der hohen Spezialisierung und Aufstiegschancen auch an Studienabbrecher. *ck*

Bündnis zum Wohnungsneubau unterzeichnet



Verbandspräsident Michael Schrobbsdorff (rechts) unterzeichnete für die Fachgemeinschaft Bau.

Der Bürgermeister und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Michael Müller, und die Wohnungs- und Bauwirtschaftlichen Verbände Berlins und Brandenburgs haben im Juli das „Bündnis zum Wohnungsneubau in Berlin“ unterzeichnet.

Grundlegendes gemeinsames Ziel der Bündnispartner ist es, den Wohnungsneubau in Berlin aktiv zu unterstützen und eine nachfrage- und bedarfsgerechte Wohnraumver-

sorgung für alle Berliner Haushalte zu gewährleisten. Dabei wollen sie gemeinsam Sorge für die Schaffung von Rahmenbedingungen tragen, die gesamtstädtisch bis zum Jahr 2025 den Bau von etwa 10.000 neuen Wohnungen jährlich ermöglichen.

Im Ergebnis des Wohnungsneubaus wird angestrebt, dass Angebot und Nachfrage im Wohnungsmarkt sich wieder annähern und in der Folge die Mieten für breite Schichten der Be-

völkerung tragbar bleiben. Daneben ist es gemeinsame Überzeugung, dass der Wohnungsneubau in Berlin unter anderem die vielfältige soziale und funktionale Mischung in den Stadtteilen befördern bzw. erhalten soll, sich den Herausforderungen der demografischen Entwicklung stellen muss und die klima- und energiepolitischen Ziele des Landes Berlin voranbringen wird.

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg unterstützt das Bündnis, bleibt aber auch kritisch. „Die heutige Vereinbarung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir dürfen uns damit aber nicht zufrieden geben. Insbesondere die personelle Ausstattung der Stadtplanungs- und Bauordnungsämter muss zeitnah deutlich verbessert werden. Die neu geschaffenen temporären Planstellen sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein“, sagte Verbandspräsident Michael Schrobbsdorff. *ck*

Gerrit Witschaß neue Leiterin des Lehrbauhofs



Seit dem 15. August hat der Lehrbauhof Berlin eine neue Leiterin. Gerrit Witschaß bringt für die Aufgabe 30 Jahre Erfahrung im Bereich der Bildung mit. Als Diplomlehrerin für Physik und Mathematik hat sie in Halle sowohl an der Schule als auch an der Universität unterrichtet. Anschließend wurden bei der „Initiative Lehrerbildung Ost“ Lehrkräfte ihre Schüler. Mit dem Wechsel in die Verbandsarbeit kam Frau Witschaß 1997 nach Berlin. Zu-

erst entwickelte und realisierte sie bei der Stiftung der Deutschen Wirtschaft bundesweite Projekte zur Verbesserung der ökonomischen Bildung und Berufswahlorientierung in Schulen. Danach erarbeitete sie bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) bildungspolitische Positionierungen, leitete Umsetzungskonzepte daraus ab und führte entsprechend bundesweite Projekte in enger Kooperation mit BMBF, BMWi, der Bundesagentur für Arbeit und der Kultusministerkonferenz durch. 2007 ging sie nach Lübeck, um als Abteilungsleiterin an der Akademie für Hörgeräteakustik die Gesellen- und Meisterkurse für die Branche konzeptionell zu gestalten und organisatorisch umzusetzen.

Zuletzt leitete sie das Vorstandsbüro der First Sensor AG in Berlin und sieht nun ihrer neuen Herausforderung am Lehrbauhof entgegen: „In meiner 30-jährigen beruflichen Tätigkeit konnte

ich vielfältige Erfahrungen in unterschiedlichen Bereichen des Bildungsgeschäfts machen. Ich freue mich, diese nun in meine neue Tätigkeit als Leiterin des Lehrbauhofes einfließen zu lassen und damit einen Beitrag zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Berufsausbildung zu leisten.“

Die Gesamtverantwortung für das Berufsförderungswerk der Fachgemeinschaft Bau liegt bei Herrn Kornatzki, der das BFW als Geschäftsführer leitet.

Die Fachgemeinschaft Bau heißt Frau Witschaß herzlich willkommen und dankt Herrn Koch-Martin, der den Lehrbauhof verlässt und sich ab dem 1. September einer neuen Aufgabe als Leiter des SHK-Ausbildungszentrums und stellv. Geschäftsführer der Innung widmen wird, für sein Engagement und seinen Einsatz. ck

Brandenburgisches Vergabegesetz auf dem Prüfstand

Das Brandenburgische Vergabegesetz ist am 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Bereits vorher hatte der Landtag beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, im ersten Quartal 2014 – also nach zweijähriger Geltung des Gesetzes – einen Evaluationsbericht vorzulegen. Da Feststellungen zur Anwendung bzw. tatsächlichen Nichtanwendung des Brandenburgischen Vergabegesetzes im Interesse der Bauwirtschaft liegen, hatten die Fachge-

meinschaft Bau Berlin und Brandenburg gemeinsam mit dem Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg bereits vor dem offiziellen Start der Evaluierung dem zuständigen Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheit gleichsam als Hilfestellung einen Fragenkatalog übersandt.

Inzwischen liegen mit der Drucksache 5/8975 des Landtags Brandenburg der Evaluationsbericht sowie die Stellung-



nahme der Landesregierung hierzu vor. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die öffentlichen Auftraggeber

zwar ihrer Verpflichtung nachkommen, die Auftragnehmer vertraglich zur Einhaltung der Mindestentgeltvorgaben zu verpflichten, dass hinsichtlich der Durchsetzung der Regelungen des Brandenburgischen Vergabegesetzes auf Auftraggeberseite jedoch ein Vollzugsdefizit besteht. Insbesondere die für Auftragnehmer wichtigen Regelungen werden kaum eingehalten und kontrolliert, noch erfolgen Sanktionen bei Verstößen. Auch kommen die Auftraggeber ihren Verpflichtungen zur Prüfung von unangemessen niedrigen Angeboten nur äußerst unzureichend nach. Das stimmt mit Aussagen der weitaus meisten Bieter/Auftragnehmer überein, nach denen regelmäßig schlicht das Angebot des billigsten Bieters den Zuschlag erhält. Ärgerlich ist die Stellungnahme der Landesregierung hierzu. Der Eindruck, der Zuschlag erfolge ohne nähere Begründung immer an den Billigsten, möge zwar zutreffen, vergaberechtlich sei hier aber keine Abhilfe zu schaffen. Trotz der anderslautenden Bestimmung im Brandenburgischen Vergabegesetz seien Auftraggeber grundsätzlich befugt, eine reine Preiswertung durchzuführen. Nach dem Vergabegesetz bestünde keine Verpflichtung, stets weitere Zuschlagskriterien zu berücksichtigen. Offensichtlich fehlt hier der politische Wille, ein selbstgeschaffenes Gesetz in der Praxis umzusetzen. Das ist äußerst unbefriedigend und bedeutet, dass ein Bewusstseinswandel erst noch stattfinden muss.

Bei einer Gesamtwürdigung und den aus der Evaluation zu ziehenden Folgerungen ist allerdings zu berücksich-

tigen, dass das Brandenburgische Vergabegesetz in erster Linie zu dem Zweck erlassen wurde, im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge bestimmte Mindestanforderungen für die Bezahlung der Arbeitnehmer durchzusetzen. Dies dürfte sich durch die Einführung eines bundesweiten Mindestlohnes seitens der aktuellen Bundesregierung überholt haben. Die Mindestlohnregelungen im Brandenburgischen Vergabegesetz sind damit künftig entbehrlich. Keinesfalls darf die brandenburgische Regelung erhalten bleiben und dazu führen, dass einzelne Brandenburger Parteien in einen „Vergütungswettbewerb“ treten und sich darin zu übertreffen suchen, hier über das Vergaberecht den bundesweit geltenden Mindestlohn übertreffende Lohnzahlungsverpflichtungen zu statuieren.

Auf der anderen Seite ist die Wirtschaft in weiten Teilen von öffentlichen Aufträgen abhängig. Speziell für regional aufgestellte Bauunternehmen sind sie regelmäßig von großer Bedeutung. Dabei liegen über 90 Prozent der Vergaben öffentlicher Aufträge in dem sogenannten Unterschwellenbereich, in welchem nicht europaweit ausgeschrieben werden muss und in welchem es weder Kontrollinstanzen noch einen funktionierenden Rechtsschutz gibt. Diesen Fakten ist politisch Rechnung zu tragen. Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg und der Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg fordern daher in Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen, das Brandenburgische Vergabegesetz zu einem Mittelstandsfördergesetz weiter zu entwickeln. Statt der Vergabe

nach rein preislichen Aspekten sind verstärkt qualitative Zuschlagskriterien zu berücksichtigen. Bauleistungen sollten bei der Vergabe in Fach- und Teillose aufgeteilt werden, sofern nicht wirtschaftliche oder technische Gründe zwingend eine Zusammenfassung erfordern. Vor der Vergabeentscheidung müssen geeignete Nachweise und Prüfungen erfolgen, mittels derer unseriöse Bieter erkannt und aussortiert werden. Für die Einhaltung korrekter Vergabeverfahren bedarf es entgegen der Meinung der Landesregierung in dem Evaluationsbericht darüber hinaus der Einrichtung von Nachprüfstellen für Vergaben unterhalb der sogenannten EU-Schwellenwerte.

Bei der Umsetzung dieser Ziele müssen nicht nur die Politiker, sondern insbesondere die Mitarbeiter der Auftrag vergebenden Stellen tätig werden. Die Vergabestellen der Landes- und Kommunalebene sind hierzu nicht nur personell entsprechend aufzustellen, sondern durch eine Qualifizierungsoffensive in ihrer Kompetenz zu stärken. Weiterhin muss die öffentliche Hand in Brandenburg als Auftraggeber eine Vorbildwirkung bei der Umsetzung der Vergaberegeln und bei der Schwarzarbeitsbekämpfung übernehmen. Hierzu gehört, dass Bieter bereits in der Phase des Vergabeverfahrens vor der Auftragserteilung umfassend überprüft und unseriöse Kandidaten frühzeitig ausgeschieden werden. Vergabegesetz oder Mittelstandsfördergesetz – wie auch immer die neue legislative Regelung heißen wird – ist für die brandenburgische Wirtschaft jedenfalls von hoher Bedeutung! *B*

Buchbesprechung

Ingenieurmethoden im Baulichen Brandschutz

Neue Entwicklungen im Brandschutz zeigen, dass durch die Harmonisierung von Normen und Vorschriften innerhalb der EU und durch die bautechnischen Fortentwicklungen in der Architektur, der Brandschutz in Bauwerken nicht mehr allein aufgrund von Erfahrungen sowie Vorschriften aus der Vergangenheit ökonomisch und sicherheitstechnisch richtig beurteilbar ist. Erforderlich sind methodisch neue Ansätze und Verfahren, die in den zurückliegenden Jahren unter dem Begriff „Brandschutz-Ingenieurmethoden“ entwickelt wurden. In diesem Buch wird der Stand der Erkenntnisse über Ingenieurmethoden im Brandschutz dargestellt, wobei die rechen- und materialtechnischen Grundlagen sowie der Zusammenhang mit dem nationalen und europäischen Regelwerk im Vordergrund stehen.

Inhalt

Brandrisiko und Brandsicherheit nach Baurecht – Schutzziele für die Anwendung von Ingenieurmethoden – Brandszenarien für die Anwendung

von Ingenieurmethoden – Physikalische Grundlagen der Modellierung von Bränden – Muster-Richtlinie über den baulichen Brandschutz im Industriebau – Inhalte und Erläuterung der DIN 18 230-1 - DIN 18 230-4: Ermittlung der äquivalenten Branddauer und des Wärmeabzugs durch Brandsimulation – Beispiele für Brandsimulationen mit Zonen- und CFD-Modellen – Sicherheitskonzept: Brandschutz im Industriebau

Die Interessenten

Das Buch wendet sich an praktisch tätige Brandschutzplaner, Architekten, Behörden, Feuerwehrangehörige, Bauingenieure und Bausachverständige, die im Brandschutz tätig sind, sowie an Studierende des Brandschutzes, des Bauwesens und der Architektur.

Im Text finden sich vielfältige und verständliche Erläuterungen, die ein Nachvollziehen von Brandszenarien, Schutzzielüberlegungen und Brandschutzkonzepten ermöglichen. *Ro*



Em. O. Univ. Prof. Dr. techn. Dr. h. c.
Ulrich Schneider und fünf Mitautoren:
**Ingenieurmethoden
im Baulichen Brandschutz,**
555 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
und Tabellen

expert verlag,
7. Auflage 2014, 73,- Euro

ISBN
978-3-8169-3238-3

Fachgemeinschaft Bau
Berlin und Brandenburg e.V.

Nassauische Str. 15
10717 Berlin

Tel.: 030 / 86 00 04-0
Fax: 030 / 86 00 04-12

E-Mail: info@fg-bau.de
Internet: www.fg-bau.de

Redaktion:

Claudia Kintscher / CK (V.i.S.d.P.)
Tel.: 030 / 86 00 04-19
E-Mail: kintscher@fg-bau.de

Mitarbeit:

Clemens Bober / B
Hans Joachim Rosenwald / Ro
John Robert Müller / Mü

Nachdruck mit Quellenangabe
gestattet. Belegexemplar erbeten.

Gestaltung:

explonauten.net GmbH
[agentur für design & kommunikation]
www.explonauten.net

Bildnachweise:

S. 3: Tora - Fotolia.com
S. 3: monropic - Fotolia.com
S. 3: HWK Cottbus
S. 8: MIL Brandenburg
S. 9: Stadt Jüterbog
S. 10: Sabine Ruebensaat
S. 11 oben: WNA Berlin
S. 11 Grafik: WNA Berlin
S. 12: Förderverein Agrarmuseum
Wandlitz e.V.
S. 17: Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Umwelt

Alle übrigen Bilder:
Fachgemeinschaft Bau

Korrekturhinweis:

In Ausgabe 1/2014 sind auf S. 17 die
Ausbildungskosten eines Betriebes
im 2. Lehrjahr nicht korrekt. Unter
www.fg-bau.de stehen die korrigier-
ten Angaben in der online-Ausgabe
des Magazins zur Verfügung. Wir
bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Geburtstage & Firmenjubiläen

Geburtstage im Juni, Juli & August 2014

- 06.06. **50 Jahre** Dipl.-oec. Ralf Schönwald
Bau & Service Dabendorf GmbH
Jägerstr. 1, 15806 Zossen
- 14.06 **65 Jahre** Brunnenbauermeister
Erhard Voigt
Brunnenbau GmbH Schwigon & Voigt
Große Milower Str. 68, 14712 Rathenow
- 29.06. **65 Jahre** Ing. Burghard Wolter
Bauunternehmung GmbH
Altlandsberger Str. 3, 15562 Rüdersdorf
- 26.07. **80 Jahre** Ing. Lutz Otto
Augustastr. 15 c, 12203 Berlin
- 05.08. **50 Jahre** Dipl.-Ing. Michael Linke
Ingenieurbüro für Qualitätssicherung
im Bauwesen
Schäferberg 4, 15234 Frankfurt/O.
- 06.08. **65 Jahre** Dipl.-Ing. Eckehard Hummel
Hummel-Bau-Potsdam
Habichtweg 15, 14469 Potsdam
- 11.08. **65 Jahre** Dipl.-Ing. Wolfgang Ohm
Gerhard Wenzel Tiefbauunternehmen
GmbH & Co. KG
Kleinmachnower Weg 13-15, 14165 Berlin
(Kassenprüfer FGB)
- 31.08. **50 Jahre** Dipl.-Ing. Ulf Lorenz
Hirsch+Lorenz Ingenieurbau GmbH
Saatwinkler Damm 24, 13627 Berlin

Firmenjubiläen

- 01.07. **25 Jahre**
Horst Kasimir Bauunternehmung GmbH
Am Hasensprung 7, 16567 Mühlenbeck
- 01.07. **25 Jahre**
Bauausführungen
Olaf von Weschpfennig GmbH
Seebadallee 23 b, 15834 Rangsdorf
- 10.07. **125 Jahre**
Otto Wöltinger Tief- und Rohrleitungs-
bau GmbH & Co. KG
Herzbergstr. 33-34, 10365 Berlin

Kleine und große Geschenke

Es hat sich noch nicht überall herumgesprochen: Immer noch marschieren pünktlich vor Weihnachten einzelne Bauunternehmer in die Ämter und überreichen für die gute Zusammenarbeit einen Präsentkorb oder eine Flasche Wein. Das diene der Klimapflege sagen die Unternehmer – „Anfüttern“, Vorteilsnahme oder Bestechung nennen es die Staatsanwälte.

Unter dem Titel „Compliance in der Bauwirtschaft – Belohnungen und Geschenke, was ist erlaubt?“ fand dazu eine Vortragsveranstaltung auf dem Lehrbauhof der Fachgemeinschaft Bau in Berlin-Marienfelde statt. Referenten waren der Leitende Oberstaatsanwalt Dr. Reiff, Leiter der Zentralstelle Korruptionsbekämpfung bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin, sowie der Rechtsanwalt Professor Dr. Fissenewert aus der Kanzlei Buse Heberer Fromm. Dr. Reiff berichtete anschaulich über die verschiedensten Konstellationen, in welchen wegen Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung sowie Bestechung und Bestechlichkeit ermittelt wird. Jeder Amtsträger, der einen Vorteil für die Dienstaussübung annimmt, wird bestraft. Der Kreis zieht sich dabei von der Grundschullehrerin, die zum Ende des Schuljahres von den Eltern eine Blumenschale erhält, bis zum Bundespräsidenten, der sich einladen lässt. Die diesbezüglichen Regelungen finden sich im Strafgesetzbuch und den Beamtenengesetzen. Zusätzliche Einzelheiten regelt in Berlin die Ausführungsvorschrift über das Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen, die sogenannte AV Belohnungen und Geschenke – AV BuG; im Land Brandenburg die Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Ministerpräsidenten und der Ministerien über das Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen durch Beschäftigte des Landes Brandenburg - VV VAnBGV.

Ganz grundsätzlich ist die Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen in Bezug auf die dienstliche Tätigkeit verboten. Ausnahmen gibt es für sogenannte Reklame- und Streuartikel, falls es sich um geringwertige Gelegenheits- oder Werbegeschenke mit einem Wert von höchstens fünf Euro je Vorteilsgeber und Kalenderjahr handelt. Auch dann darf die gebende Seite jedoch keinen weitergehenden Zweck verfolgen und den Vorteil nur gelegentlich anbieten. Geschenke mit einem Wert von bis zu zehn



Euro muss der Amtsträger seiner Behördenleitung anzeigen. Geschenke im Wert von über zehn Euro sind abzuliefern. Für Bargeld existiert ein striktes Annahmeverbot. Das gilt auch für kleinere Beträge, insbesondere bei „Geld für die Kaffeekasse“. Geld ist eben Geld und keine Aufmerksamkeit. Die Annahme von Einladungen bzw. von Frei- und Eintrittskarten ist nur Repräsentanten erlaubt, z. B. Senatsmitgliedern bzw. Ministern, Staatssekretären, Bürgermeistern, Stadträten oder Behördenleitern. Für alle übrigen Beamten ist in der Regel auch keine Einzelfallzustimmung möglich. Auch das Einladen bzw. die Einbeziehung von Ehegatten und Lebenspartnern ist verboten; ebenso Zuwendungen über Dritte oder über bestimmte Institutionen, z. B. Spenden an den Ruderverein des Sohnes des Behördenmitarbeiters.

Die Ermittlungen bei Korruptionsverdacht gestalten sich in der Regel schwierig, da es in den allermeisten Fällen keine Zeugen und zumeist nur zwei Täter gibt, nämlich den Bestecher und den Bestochenen, die beide unentdeckt bleiben wollen. Nicht immer gibt es – wie bei dem Präsent für die Lehrerin – 32 Elternpaare, gegen die sämtlich ermittelt wird und die sich in Widersprüche verwickeln können. Trotz dieser grundsätzlich schwierigen Beweislage werden in Firmen oft Tabellen geführt, in denen jede Ausgabe, jedes Geschenk und jeder Leistungsempfänger akribisch aufgelistet werden. Da haben es die Ermittler dann leicht.

Nachdem Dr. Reiff die strafrechtliche Seite beleuchtet hatte, sprach Prof. Dr. Fissenewert über Compliance-Management-Systeme in der Bauwirtschaft. Auch privatrechtliche Wirtschaftsunternehmen, in denen keine

Amtsträger beschäftigt sind, schützen sich gegen Schmiergeld und Korruption und schaffen entsprechende Regelungen. Das sei auch mittelständischen Baubetrieben zu empfehlen. Dabei ist es nicht ausreichend, lediglich feste Wertgrenzen für Geschenke oder Einladungen anzugeben. Vielmehr benötigt jeder im Unternehmen Beschäftigte eine Handhabe, die ihm ermöglicht, einzugrenzen, ob ein Geschenk oder eine Einladung „compliant“ ist. In größeren Betrieben wird dafür eigens die Stelle eines „Compliance-Officers“ geschaffen, dessen Aufgaben jedoch auch durch ein externes Büro wahrgenommen werden können. Prof. Dr. Fissenewert machte dabei deutlich, dass im privatwirtschaftlichen Bereich durchaus nicht jede Einladung oder Spende verboten ist. Wird aber eine unlautere Beeinflussung des Adressaten angestrebt oder mit der Zuwendung eine bestimmte pflichtwidrige Handlung bzw. Unterlassung intendiert, so ist dies rechtswidrig und zu unterbinden. Auch Heimlichkeit ist regelmäßig gefährlich, Transparenz ein wesentlicher Grundsatz. Wenn gespendet wird, gilt: „Tue Gutes und rede darüber“. Nach ihren Vorträgen standen beide Referenten für Fragen und Erläuterungen zur Verfügung, wovon eifrig Gebrauch gemacht wurde.

B

Weiterbildungskurse

Beginn	Uhrzeit	Kurs	Tag(e)	
Mo. 10.11.2014	07:30 - 16:00	Einführung in japanische Putztechniken mit Kalk und Lehm	3	Unser Weiterbildungsangebot 2014 auf einen Blick www.lehrbauhof-berlin.de/Kurse . Weitere Informationen unter Tel.: 030 / 723 89-723 bzw. weiterbildung@lehrbauhof-berlin.de
Do. 13.11.2014	08:00 - 15:00	PCI - Präsentation: Kanal- und Schachtsanierung	0,5	
Do. 13.11.2014	15:00 - 18:00	PCI - Präsentation: Bewegungsfugen im Hoch- und Tiefbau	0,5	
Mo. 19.11.2014	08:00 - 16:00	MVAS99 Do. 08:00 - 11:00	1,5	

1. Berliner Bau-Cup erfolgreich gestartet – Modell mit Zukunft



Glückwunsch! Die Jungs vom 1. FC Lehrbauhof belegten auf Anhieb den 3. Platz.



Wolfgang Baumberck, Cerstin Richter-Kotowski, Andreas Koch-Martin, Frithjof Engelke und das runde Leder.



11 Freunde - eine starke Mannschaft.

Am 28. Juni 2014 fand im Berliner Preußenstadion der erste „Berliner Bau-Cup des Berufsförderungswerkes der Fachgemeinschaft Bau“ statt.

In Kooperation mit dem Lankwitzer Traditionsverein BFC Preußen 1894 e.V. hat der Lehrbauhof Berlin das Turnier auf die Beine gestellt. „Die Idee war, zwei Dinge zu verknüpfen: Auf der einen Seite, direkt an der Basis Werbung für die Ausbildung im Bauhauptgewerbe zu betreiben und auf der anderen Seite, die Identifikation unserer Jungs mit dem Lehrbauhof zu stärken. Dies ist uns hervorragend gelungen“, erläutert Geschäftsführer Andreas Koch-Martin.

Dafür wurde eigens eine neue Mannschaft gegründet. Der 1. FC Lehrbauhof, unter der sportlichen Leitung von John Robert Müller, steigerte im Laufe des Turniers seine Leistung und erreichte am Ende sogar den 3. Platz. „Unsere Jungs waren hoch motiviert, mussten aber in den ersten Spielen erst einmal zusammenfinden. Zum Ende des Turniers haben wir dann richtig ordentlichen Fußball gezeigt“, so Müller. Dies ging soweit, dass einer der anwesenden Trainer einen Spieler des Teams Lehrbauhof für seine Mannschaft abwerben wollte. Der wolle sich

aber zunächst auf seine Ausbildung konzentrieren und der Mannschaft des Lehrbauhofs treu bleiben.

Das Turnier wurde durch die Bezirksstadträtin des Bezirksamts Berlin Steglitz, Abteilung Bildung, Kultur, Sport und Bürgerdienste, Cerstin Richter-Kotowski feierlich eröffnet. Sie überreichte als Geschenk den offiziellen Spielball der Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien. Dieser wurde nach dem Finale dem Gewinner des Turniers, der Heimmannschaft vom BFC Preußen, für weitere Zwecke überreicht. Ebenfalls anwesend waren Dieter Marwitz für das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Abteilung Bildung, Kultur und Sport, und Vertreter der lokalen Wirtschaft, unter anderem Frithjof Engelke, Juniorchef des Traditionsunternehmens „Hans Engelke Energie“, ein langjähriger Sponsor des Vereins.

Das Turnier hat das Bauhauptgewerbe positiv präsentiert – da waren sich die Beteiligten sicher. Denn im Mannschaftssport sind alle Tugenden gefragt, die Jugendliche auf dem Bau mitbringen sollten: Einsatz, Disziplin und Teamfähigkeit. Daher soll das Turnier auch erst der Startschuss für weitere Events gewesen sein. „Wir wollen die sportliche Betätigung unserer Jungs

voranbringen. Daher haben wir mit dem BFC Preußen eine Kooperation geschlossen und eine eigene Trainingszeit für unser Team Lehrbauhof vereinbart. Der Dank gilt vor allem Wolfgang Baumberck, der das Turnier und die Zusammenarbeit mit seiner ganzen Energie vorangetrieben hat“, sagt Andreas Koch-Martin.

Das Turnier ist auch ein Ergebnis einer Workshop-Reihe mit Azubis des Lehrbauhofs, in denen die Azubis Anregungen zur Verbesserung der Identifikation mit dem Lehrbauhof erarbeitet haben. Müller erklärt: „Es gab ein großes Interesse an gemeinsamen sportlichen Aktivitäten, dem wollten wir unbedingt nachgehen. Im Jahr der Weltmeisterschaft lag dann ein Fußballturnier auf der Hand. Dass es damit so schnell vorangeht und wir nun eine eigene Trainingszeit haben, hätten wir vorher nicht gedacht.“ Wunsch ist, nun den „Berliner Bau-Cup des Berufsförderungswerkes der FG Bau“ zu etablieren und auszubauen. Doch die Beteiligten planen auch noch Größeres, so Wolfgang Baumberck. „Am 3. Oktober wollen wir hier im Preußenstadion den 1. Berliner Innungs-Cup austragen, dazu sind alle Innungen recht herzlich eingeladen.“ Die Jungs vom 1. FC Lehrbauhof stehen garantiert bereit. Mü

Bauwirtschaftliche Eckdaten

	Berlin			Brandenburg			Region		
	Mai 14	Mai 13	Mai 12	Mai 14	Mai 13	Mai 12	Mai 14	Mai 13	Mai 12
Beschäftigte laut Amt für Statistik (Tätige Personen; inkl. kaufm./techn. Angestellte, tätige Inhaber, Azubis)	19.659	21.202	20.298	32.360	33.604	33.626	52.019	54.806	53.924
Beschäftigte laut Sozialkasse des Baugewerbes	15.211	15.170	14.067	22.158	22.692	22.488	37.369	37.862	36.555
geleistete Arbeitsstunden (in 1.000 Std.)									
Bauhauptgewerbe gesamt	1.899	1.736	1.872	3.464	3.723	3.684	5.363	5.459	5.556
davon Wohnungsbau	821	734	809	1.249	1.576	1.490	2.070	2.310	2.299
davon Wirtschaftsbau	599	591	675	1.295	1.136	1.171	1.894	1.727	1.846
davon Öffentlicher Bau	479	411	388	920	1.011	1.023	1.399	1.422	1.411
Baugewerblicher Umsatz (in 1.000 Euro)									
Bauhauptgewerbe gesamt	213.462	205.889	209.008	337.903	298.423	297.931	551.365	504.312	506.939
davon Wohnungsbau	84.799	71.428	66.963	121.498	113.506	97.354	206.297	184.934	164.317
davon Wirtschaftsbau	87.862	90.118	98.463	131.531	100.468	111.220	219.393	190.586	209.683
davon Öffentlicher Bau	40.801	44.343	43.582	84.874	84.449	89.357	125.675	128.792	132.939
Auftragseingang (in 1.000 Euro)									
Bauhauptgewerbe gesamt	156.090	151.882	178.375	176.881	169.249	163.572	332.971	321.131	341.947
davon Wohnungsbau	45.906	56.780	53.854	45.716	34.167	29.680	91.622	90.947	83.534
davon Wirtschaftsbau	63.613	51.674	80.082	63.955	72.992	68.384	127.568	124.666	148.466
davon Öffentlicher Bau	46.571	43.428	44.439	67.210	62.090	65.508	113.781	105.518	109.947
	Jun 13	Jun 12	Jun 11	Jun 13	Jun 12	Jun 11	Jun 13	Jun 12	Jun 11
Anzahl der Baubetriebe im Bauhauptgewerbe (jährlich)	2.576	2.677	2.664	4.676	4.778	4.702	7.252	7.455	7.366
	1.-4. Vj. 13	1.-4. Vj. 12	1.-4. Vj. 11	1.-4. Vj. 13	1.-4. Vj. 12	1.-4. Vj. 11	1.-4. Vj. 13	1.-4. Vj. 12	1.-4. Vj. 11
Insolvenzen im Bauhauptgewerbe (vierteljährlich)	38	39	53	23	33	31	61	72	84
	Sep 13	Sep 12	Sep 11	Sep 13	Sep 12	Sep 11	Sep 13	Sep 12	Sep 11
Kurzarbeiter	22	52	243	80	58	179	102	110	422